



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

KIRCHE UND POLITIK – BLICK »VON INNEN« UND »VON AUSSEN«

■ VON DER REDAKTION	
Einführung	2
■ ANALYSE	
Polen, das verschlossene Haus	2
Pater Ludwik Wiśniewski OP, Lublin	
■ ANALYSE	
Kirche und Politik – eine gefährliche Allianz	8
Ireneusz Krzemiński, Warschau	
<hr/>	
■ CHRONIK	
6. – 26. Juni 2017	12

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Einführung

Die Analysen dieser Ausgabe befassen sich mit der Rolle und dem Selbstverständnis der katholischen Kirche in der aktuellen Situation der polnischen Innenpolitik. Die Kirche ist in der Zeit der Transformation und in den Jahrzehnten seit dem demokratischen Umbruch kein Monolith gewesen. Aber in den Jahren seit 1989 hat sich das Selbstverständnis und die Wahrnehmung des *mainstream* einer Kirche verfestigt, die sich in einem Widerspruch zu den Werten und institutionellen Regeln einer liberalen Demokratie befindet.

Der Dominikanerpater Ludwik Wiśniewski, Unterstützer der Demokratiebewegung und Kaplan der *Solidarność*, blickt »von innen« auf eine Kirche, die er als »verschlossenes« Haus wahrnimmt. Er schaut mit Besorgnis auf eine Kirche, von der er erwartet, dass sie die Lehren der Päpste Johannes Paul II. und Franziskus befolgt und dementsprechend der Sprache des Hasses und des Nationalismus entgegentritt.

Der Soziologe Ireneusz Krzemiński analysiert »von außen« die Verquickung von Politik und Religion am Beispiel des Redemptoristenpaters Tadeusz Rydzyk und seines Medienimperiums. Pater Rydzyk fühlt sich einem in der nationaldemokratischen Tradition der Zwischenkriegszeit gründenden antimodernen und antipluralistischen Staatsverständnis verpflichtet und glaubt in dem Präses der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) seinen Verbündeten gefunden zu haben – und *vice versa*.

ANALYSE

Polen, das verschlossene Haus

Pater Ludwik Wiśniewski OP, Lublin

Wenn ich heute das Vaterland betrachte und die Kirche in unserem Land, drängen sich mir die Worte auf: Was ist mit dir los, Polen, dass du Mauern zwischen deinen Söhnen und Töchtern aufgebaut hast?

Die Kirche im Staat

Als die Regierung von Tadeusz Mazowiecki das Fundament für die neue Ordnung legte und als der Ministerpräsident selbst für eine »freundschaftliche« Trennung der Kirche vom Staat sorgte, schien es, als seien die Beziehungen des Staates zur Kirche geordnet. Die vergangenen Jahre brachten in dieser Frage allerdings eine schmerzhaft Enttäuschung mit sich.

Es lohnt sich, die verbindlichen Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils aus der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* in Erinnerung zu rufen: »Die Kirche [...] identifiziert sich auf keinen Fall mit einer politischen Gemeinschaft noch verbindet sie sich mit einem politischen System. [...] Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind in ihren Bereichen unabhängig und autonom. [...] Die Kirche muss aber immer und überall die echte Freiheit haben, ihren Glauben zu verkündigen [...] sowie ein moralisches Urteil sogar in politischen Angelegenheiten zu geben, wenn dies die grundlegenden Rechte

der Person oder die Erlösung der Seelen erfordern, wobei sie alle und exklusiv die Mittel anwendet, die mit dem Evangelium im Einklang stehen.«

Wir sind heute Zeugen einer kuriosen Situation. Im Jahr 1989 erlangten wir die Unabhängigkeit, aber viele unserer Landsleute, auch hervorragende Vertreter der Kirche, äußern sich dahin gehend, dass bis zum Jahr 2015 unser Staat eigentlich nicht der unsrige gewesen sei. Die Manifestanten zur Verteidigung des [national-katholischen, d. Übers.] Fernsehsenders *Trwam* und auch die Teilnehmer der sogenannten Monatsveranstaltungen [monatliche Gedenkveranstaltungen der *PiS* für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im Jahr 2010, d. Übers.] verhielten sich so, als würde Polen nicht von demokratisch gewählten Vertretern der Nation regiert, sondern von Angreifern.

Der Heilige Johannes Paul II. überschrieb ein ganzes Kapitel in der Enzyklika *Centesimus annus* mit dem Titel »Das Jahr 1989«. Auf diese Weise ehrte und unterstützte er die Veränderungen, die damals in Europa und in Polen stattfanden. Natürlich – das folgende Vierteljahrhundert sah nicht ideal aus, aber es vollständig wegzustreichen, ist eine Schandtät. In dieser Angelegenheit ist die entschiedene Stimme der Hirten der Kirche notwendig.

Vor vielen Jahren schrieb Priester Józef Tischner: »Ich bin davon überzeugt, dass wir heute in Polen in eine Krise des Glaubens eintreten, die nicht ihresgleichen hatte.« Es gibt sicherlich viele Ursachen für diese Krise, aber eine von ihnen wird der kirchliche »Triumphalismus« sein. Er schrieb auch: »Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus verfielen wir in einen neuen Wahnsinn – früher musste durch die Vermittlung der Partei alles sozialistisch sein, und heute muss durch die Vermittlung der Kirche alles christlich sein.« Ohne Erlaubnis der Kirche kann es keine »wahre Familie«, keine »wahre Erziehung«, keinen »wahren Staat«, keine »wahren Medien« geben. Es wächst die Überzeugung, insbesondere in der jungen Generation, die sich abrupt von der Kirche entfernt, dass das Beziehungsgeflecht Staat – Kirche, das sich in den 1990er Jahren herausbildete, nicht tragbar ist. Behauptet wird, dass der Klerus staatliche Institutionen instrumentalisiert, um den Bürgern ihre Ansichten aufzudrängen.

Solcherlei Behauptungen, ob sie nun der Wahrheit entsprechen oder nicht, können nicht ohne Antwort bleiben. Die grundlegenden Prinzipien der Soziallehre der Kirche müssen aufs Neue dargestellt werden. Man möchte insbesondere, dass die Kirche mit Hilfe der Bischöfe erklärt, worauf die Trennung der Kirche vom Staat beruht, und darstellt, dass sie segensreich für beide Seiten ist. Es sollte von einer ehrlichen Gewissensforschung begleitet werden, falls es uns unterlaufen sein sollte, die kirchliche und die staatliche Ordnung zu vermengen.

In den vergangenen Jahren waren wir manches Mal Zeugen davon, dass Religion und Kirche von politischen Akteuren manipuliert wurden. Eine der Parteien behauptet zum Beispiel, dass nur sie der Kirche Freiheit garantiere und nur sie sich von ihren moralischen Prinzipien leiten lasse. Sie organisiert auch politische Events, bei denen die Eucharistie ein Bestandteil ist: Die Messe wird als »Dekoration« behandelt, die verschönert und den Rang der Demonstration erhöht. Viele Gläubige sind von den »Monatsveranstaltungen« beunruhigt, die sicherlich nicht viel mit der Trauer um die Verunglückten gemeinsam haben. Und das öffentliche Fernsehen hat sich darauf spezialisiert, die im Gebet versunkenen Gesichter der führenden Vertreter jener Partei zu zeigen, was wohl die Redlichkeit ihrer Entscheidungen bestätigen soll.

Das Problem der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche verknüpft sich mit der Frage der Gesetzgebung. Wenn der demokratische Staat echte Autonomie besitzt, bedeutet das, dass auch deren Ethos in gewisser Weise autonom und verschieden vom Ethos der Kirche ist. In der Frage der Gesetzgebung sind dann zwei Positionen möglich. Erstens: Damit sie verpflichtend ist, muss sie die Naturrechtslehre genau widerspiegeln, des-

sen Auslegung die Lehre der Kirche vermittelt. Zweitens: Da es die Aufgabe des demokratischen Staates ist, Hüter der grundlegenden Werte zu sein und es den Bürgern zu überlassen, nach den höchsten Werten zu streben, und der grundlegende Wert, den der Staat hütet, der gesellschaftliche Friede und die Sicherheit der Bürger ist, umreißen diese das Handlungsfeld für die Gesetzgeber. Die Kirche sollte klar sagen, welche Lösungen sie für richtig hält und welche für falsch, aber die Gestalt der konkreten rechtlichen Lösungen muss sie dem Gewissen der Gesetzgeber überlassen und ihnen nicht mit dem Ausschluss aus der Kirche drohen, wenn sie ein Gesetz verabschieden, das nicht den Forderungen des Episkopats entspricht. Diese Angelegenheit wartet auf eine autoritative Klärung, denn das Durcheinander in dieser Materie verursacht viele Missverständnisse.

Das Konzil empfiehlt der Kirche, moralische Bewertungen abzugeben, auch in politischen Fragen. Das ist nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht. In unserem gesellschaftlichen Leben traten in den vergangenen Jahren beunruhigende Phänomene auf, die jedoch keine moralische Bewertung vonseiten der Kirche erfuhren. Es handelt sich hier um Angelegenheiten wie die Missachtung der Verfassung, die fehlende Achtung gegenüber dem Bürger der sogenannten schlechteren Sorte und insbesondere um das Problem des sogenannten Verbrechens von Smolensk, das unsere Nation am stärksten spaltete.

Manche Hierarchen äußerten sich zu diesen schwierigen Themen. Ihre Worte waren allerdings häufig unverständlich oder sogar skandalös. Die Formulierung eines klaren Standpunkts ist, so scheint es, eine ernste Pflicht der Bischöfe. Sie beiseitezuschieben, wäre angesichts der tiefen Spaltungen in der Gesellschaft und des wachsenden Hasses eine ernstzunehmende Unterlassungssünde.

Christus König

Viele Katholiken fragen, ob der Akt der Annahme Christi als König und Herrn die polnische Kirche vom Evangelium entfernt oder angenähert habe. Die Antwort ist nicht einfach.

Die Entscheidung, dass ein solcher Akt vollzogen werden soll, überraschte die Gläubigen. Immerhin stellten sich die Bischöfe im Hirtenbrief vom 25. November 2012 entschieden gegen die Aktivitäten der sogenannten Inthronisationsbewegungen und die Inthronisation selbst. Sie schrieben: »Zu denken, dass sich nach der Ausrufung Christi zum König Polens alles zum Besseren ändern werde, ist »illusorisch« und geradezu schädlich für das Verständnis und die Verwirklichung der Erlösung in der Welt. [...] Im prophetischen Programm der Mission des idealen Königs gibt es keinerlei Anspielung auf eine irdische Herrschaft, was bedeutet, dass ER keinerlei Form von Inthronisation bedarf.«

Einige Jahre später (im Januar 2016) sagte jedoch Bischof Andrzej Czaja, im Episkopat verantwortlich für die Inthronisationsbewegungen, in einem Interview für die *Katolicka Agencja Informacyjna*: »Die Anerkennung der Herrschaft Jesu Christi durch und über die nationale Gemeinschaft ist theologisch zulässig. [...] Seine Inthronisation ist heute sehr notwendig.« Und sie wurde vollzogen, und wenn es so ist, muss man seelsorgerlich die Folgen begleiten, die dieser Akt nach sich zieht.

Die Forderung nach der Inthronisation Jesu zum König Polens entsprang offenbar drei Quellen. Die erste ist die in Polen zunehmend verbreitete Behauptung von Erzbischof Lefebvre, dass auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil die Entthronung Christi stattgefunden habe und dass man Ihn aufs Neue auf den Thron heben müsse. Lefebvre sagte: » Sie [die Väter des Konzils, L. W.] haben Christus entthront. Der Papst wurde für liberale Ideen gewonnen und benutzte die Schlüssel Petri im Dienste der Antikirche; es trat der Tod der gesellschaftlichen Macht unseres Herrn Jesu Christi ein.« Die Reihen der Lefebvristen in Polen wachsen, daher nahmen die Bischöfe die Pflicht auf sich, die Lehre des Konzils zu verteidigen.

Die zweite Quelle ist die Offenbarung der Rozalia Celakówna, die allzu vorschnell als gleichberechtigt mit dem biblischen Wort erachtet wird. Celakówna schreibt: »Die Staaten und Nationen, die [die Inthronisation, L. W.] [...] nicht annehmen, werden unwiederbringlich von der Erdoberfläche verschwinden und nie mehr auferstehen. [...] Polen wird nicht untergehen, wenn es Christus als König annimmt, in der ganzen Bedeutung dieses Wortes.« Jesus Christus König, zu dessen Inthronisation Celakówna aufruft, ist allerdings ein König irdischer Herrschaft. Hat die Kirche in dieser Situation nicht die Pflicht auf sich genommen, das wahre Gesicht Jesu als König zu zeigen, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, sondern dessen Herrschaft sich am vollkommensten am Kreuz verwirklicht?

Die dritte Quelle sind die *Orędzia Anioła Stróża Polski* [wörtlich: »Botschaften des Schutzengels von Polen«, d. Übers.], herausgegeben vom Institut des Hl. Jakobus in Stettin [Szczecin, d. Übers.], versehen mit dem *nihil obstat* des örtlichen Ordinarius und von der Buchhandlung der Zeitung *Nasz Dziennik* verbreitet (vorher war die Schrift von *Radio Maryja* gedruckt und empfohlen worden). Hier wird vorausgesagt, dass zurzeit ein gewaltiger und im Vorhinein geplanter Angriff der Kräfte des Bösen auf Polen erfolgt: »Die apokalyptische Bestie will gemeinsam mit den um sie herum konzentrierten Kräften eure Nation vernichten. [...] Das ganze Böse, das im Westen die christlichen Wurzeln Europas angefressen hat, konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf Polen.« Die einzige Rettung sei die Inthronisation: »Ihr werdet

die Überflutung durch das Böse überwinden, wenn ihr Jesus, König des Weltalls, zum König eures Vaterlandes macht.« Bei dieser Gelegenheit erfahren wir, dass die polnische Nation von Gott auserwählt wurde, um eine besondere Rolle in der Welt zu spielen: »Ihr habt die Aufgabe erhalten, in der Geschichte der Welt dazu beizutragen, die vollkommene christliche Gesellschaft und den Triumph der Kirche einzuleiten.«

Die »Botschaften des Schutzengels von Polen« und ähnliche Texte, die sich in letzter Zeit rasend schnell vermehren, in frömmelische Sauce verpackt sind und die bevorstehenden Katastrophen und die wunderbare Rettung der vor anderen Nationen auserwählten polnischen Nation mit Christus als König prophezeien, werden wie eine Offenbarung aufgenommen. Obwohl sie die gesunde Religiosität sprengen und die menschlichen Persönlichkeiten zerstören, treten sie immer stärker in den Blutkreislauf der Lehre der polnischen Kirche ein. Während der Feierlichkeiten der Großen Buße auf dem Hellen Berg [im Marienwallfahrtsort Tschestochau, d. Übers.] am 15. Oktober 2016 sagte Priester Piotr Glas, der den Exorzismus an Polen zelebrierte: »Polen ist eine auserwählte Nation. [...] Polen ist der Ort, von dem ein Funke ausgehen wird. [...] Europa ist heute das neue Babilon.«

Ich erlaube mir zu sagen, dass die Hirten der polnischen Kirche berufen sind, die Herausgeber und Vertreter solcher Texte und die Kreise, die ähnliche Ansichten bekennen, aus seelsorgerlicher Fürsorge streng zu ermahnen.

Das verschlossene Haus

Ein weiteres Problem, das die Nation zusätzlich spaltet, hängt mit den Flüchtlingen zusammen. Natürlich sind die Ängste vor ihrer Aufnahme in gewisser Weise begründet. Wir sehen, auf welche Schwierigkeiten die Gesellschaften und Kirchen Westeuropas stoßen, wenn sie wirksam helfen wollen. Wir sehen, dass sich dort isolierte muslimische Gesellschaften bilden, in denen kein Platz für das Gefühl der Gemeinschaft mit dem Niederlassungsland, für die Akzeptanz gemeinsamer Grundsätze oder sogar Toleranz ist. Wahr ist es auch, dass in unserer Phase der Geschichte extremistische Kräfte im Islam stark sind. Aber wenn vor unserer Tür ein verwundeter, kranker und hungriger Mensch steht, darf man sie nicht zuschlagen oder fragen, woher er kommt. Öffnung ist eine menschliche und christliche Geste (das natürliche menschliche Handeln sollte immer umsichtig sein, man muss dafür sorgen, dass die Hausbewohner nicht benachteiligt werden, wenn den Fremden geholfen wird).

Das Herz des Evangeliums sind nicht die Doktrin und auch nicht die religiösen Praktiken (auch wenn die Doktrin und die Praktiken wichtig sind), sondern die Nächstenliebe. Die Kirche erinnert unablässig an

die Worte nach dem Evangelium des Hl. Matthäus, in denen unser Herr zeigt, worüber Gott richten wird: »Dann wird er auch sagen zu denen zur Linken: ›Gehet hin von mir [...]. Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mich nicht gespeist. Ich bin durstig gewesen, und ihr habt mich nicht getränkt. Ich bin ein Gast gewesen, und ihr habt mich nicht beherbergt. [...] Was ihr nicht getan habt einem unter diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan.«

Diese Worte sind heute eine große Herausforderung und Anklage geworden. Das Drama der Flüchtlinge, so Papst Franziskus, ist eine Prüfung unseres Christentums und unserer Menschlichkeit. Es ist erstaunlich, dass den Aufruf des Evangeliums, sich über Kranke, Hungrige und Obdachlose zu beugen, viele Menschen verstehen, die an den Rändern und außerhalb der Kirche leben, aber viele Katholiken, Priester und sogar Bischöfe nicht verstehen. Das polnische Haus vor den Flüchtlingen, im Namen der Fürsorge für das Wohlergehen der Nation, und die Vitalität der Kirche, im Namen der Verteidigung unseres Glaubens, vor der Überflutung durch den Islam zu verschließen, ist, die Wurzeln des Katholizismus in Polen mit eigenen Händen zu zerstören. Wir erleben eine doppelte Niederlage des Christentums: Wir haben uns von unseren hilfsbedürftigen Brüdern abgewendet, für die Christus gestorben ist, und wir haben unsere Nation mit einem gefährlichen Virus infiziert.

Erzbischof Stanisław Gądecki hat zwar zu einer großmütigen Öffnung gegenüber den Bedürfnissen der Flüchtlinge aufgerufen und anschließend seinen Aufruf viele Male wiederholt, zum Beispiel in Chełm: »Jede Gemeinde sollte Plätze für Menschen vorbereiten, die verfolgt sind, die hierher kommen und eine helfende Hand erwarten und die Brüderlichkeit, die sie anderswo nicht finden.« Erzbischof Wojciech Polak, der Primas von Polen, appellierte: »Wir sind dazu aufgerufen, das Gesicht Christi in den Flüchtlingen zu erkennen.« Kardinal Kazimierz Nycz sagte: »Flüchtlingen zu helfen, ist eine große Prüfung und Test unseres Glaubens.« Ähnlich äußerten sich noch einige andere Bischöfe.

Aber alle diese Aussagen wurden erstickt. Es begann eine Desinformationskampagne, die Gesellschaft wurde mit den Flüchtlingen erschreckt. Es wurde mit Ängsten und Vorurteilen gespielt. In dieser Atmosphäre haben die Staatsvertreter, aus dem Munde von Frau Ministerpräsidentin, eine schändliche Entscheidung getroffen: Wir verschließen unser Haus vor Flüchtlingen!

Ich weiß, dass der Episkopat Polens sich bei der Regierung bemüht, dass sie sich gegenüber den nach Europa kommenden Flüchtlingen öffnet. Dies fordert das Christentum, die Menschlichkeit, aber auch die Solidarität mit Europa, dessen Teil wir sind. Es schien, als hätte das Projekt des sogenannten humanitären Korri-

dors eine Chance, realisiert zu werden. Aber die politisch Verantwortlichen Polens, die auf Schritt und Tritt ihr Katholischsein demonstrieren, blieben den Vorschlägen der Bischöfe gegenüber taub.

Das Problem ist, dass wenige in Polen von den Bemühungen der Bischöfe wissen. Verbreitet ist die Meinung, dass die Kirche die Position der Regierung übernommen hat, denn manche Priester, und sogar Bischöfe, unterstützten die Haltung. Es scheint, mehr als der Aufruf, Flüchtlingen zu helfen, ist der Ausspruch eines der Kirchenhierarchen bekannt, der sagte: »Wir sind nicht fremdenfeindlich und ungastlich, sondern gelehrig und klug geworden [...]: Wenn du einen Fremden in dein Haus lässt [...], bereitest du dir möglicherweise selbst große Not.«

Die seelsorgerliche Fürsorge für die moralische Gesundheit der Nation erfordert also, dass die Bischöfe ihren Standpunkt klar und deutlich verkünden, der gebietet, die auf dem Evangelium gründende Pflicht zur Hilfe in rationales und wirksames Handeln zu verwandeln, und der Kirche und Gesellschaft in die Pflicht nimmt. Anerkennung gebührt solchen Bemühungen, die das Problem lösen sollen, ohne dabei die Regierung zu diskreditieren. Allerdings gibt es die Zeit der vertraulichen Verhandlungen und die Zeit deutlicher Erklärungen. Die Abkehr des »gastfreundlichen, katholischen Polen« von den Flüchtlingen ist für die Welt eine Verschlechterung, eine Abkehr vom Evangelium und ein demoralisierender Faktor für die Gesellschaft.

Die Schwierigkeit mit dem Papst

Oberflächlich ist alles in Ordnung. In jeder Messe nennen die Priester den Namen des Papstes. Niemand Ernstes stellt seine Lehre öffentlich in Frage. Dennoch nehmen sensible Ohren ein eigentümliches Murren wahr, dass »irgendwas mit diesem Papst nicht ganz stimmt«. Misstrauen hängt in der Luft. Manche Publizisten bezeichnen die Wahl Franziskus' als »Arbeitsunfall«. »Ich lese nichts von diesem Papst«, sagte ein hervorragender polnischer Theologe.

Der größte Stein des Anstoßes wurde die Kommunion für Geschiedene oder Menschen, die nicht in einer sakramentalen Ehe leben. In dem nachsynodalen Apostolischen Schreiben *Amoris laetitia* hatte der Papst sie als möglich dargestellt. Auf der ganzen Welt waren enthusiastische Stimmen zu hören, aber auch Vorwürfe, dies entspreche nicht der gesunden Lehre der Kirche, sowie des »Verrats am Heiligen Johannes Paul II.«. In den Kreisen des polnischen Episkopats herrschte peinliches Schweigen, bis zum 19. September 2016, als ein Brief von vier Kardinälen über Unklarheiten in dem Apostolischen Schreiben veröffentlicht wurde. In der Kirche verbreiteten sich damals Stimmen der Entrüstung, und

der Brief wurde als dem Papst gestellte »Falle« betrachtet. Das ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite nämlich brachen Stimmen der Unterstützung für die »über die Rechtgläubigkeit wachenden« Hierarchen los.

Aus dem polnischen Episkopat kamen ebenfalls unterstützende Stimmen für die Kritiker des Papstes. Der Vorsitzende des Rates für Angelegenheiten der Familie, Bischof Jan Wątroba, sagte: »Ich warte dringend auf eine Antwort, auf eine Präzisierung, umso mehr, als ich selbst mit ähnlichen Fragen überhäuft werde. [...] Schade, dass es keine allgemein gültige Auslegung und klare Botschaft des Dokuments selbst gibt und dem Apostolischen Schreiben Interpretationen hinzugefügt werden müssen...«. Auch Bischof Józef Wróbel gab einem Journalisten von *La Fede Quotidiana* ein Interview, in dem er die vier Kardinäle unterstützte und dem päpstlichen Schreiben »einen Mangel an Präzision in manchen Abschnitten« vorwarf. Gefragt nach der Möglichkeit der Kommunion für Menschen, die nicht in der sakramentalen Ehe leben, sagte er, dass es eine solche Möglichkeit nicht vor *Amoris laetitia* gegeben habe und auch nicht danach.

Es wächst in der polnischen Kirche das Gefühl, dass unsere Bischöfe die Lehre des Papstes nicht richtig annehmen, sie zumindest in Frage stellen. Es ist daher dringend notwendig, dass sich der Episkopat mit dem Dank für *Amoris laetitia* zu Wort meldet und erklärt, dass er sich bemüht, die Empfehlungen des Apostolischen Schreibens im Leben der polnischen Kirche umzusetzen.

Nationalisten und hasserfüllte Menschen

Die Rolle der Nation im Leben des Einzelnen darf man nicht herabsetzen. Die Nation, die den Menschen mit ihrer Kultur bereichert und belebt, ist dem Menschen so notwendig wie das Brot. Gleichzeitig gilt es daran zu erinnern, dass die Idee des nationalen Egoismus eine Form von Götzendienerei sein kann und dass der nationale Wahn in zwei schreckliche Kriege geführt hat.

Unter Politikern und Moralisten wird die Diskussion geführt, worin sich Patriotismus von Nationalismus unterscheidet. Manche behaupten, dass Nationalismus der wahre Patriotismus sei und sich nicht mit dem Ausschluss der anderen verbinden muss. Der Begriff selbst sei neutral und erst die Analyse des konkreten Nationalismus erlaube, ihn zu beurteilen.

Johannes Paul II. war jedoch anderer Meinung. In der Rede, die er vor den Vereinten Nationen hielt, tauchen kritische Anmerkungen zum Utilitarismus, Relativismus und Skeptizismus auf, aber besonderer Gegenstand seiner Kritik ist der Nationalismus. Der Nationalismus ist nämlich, so der Papst, eine ideologische Rechtfertigung der Gewalt, die die eine Nation gegenüber der anderen anwendet. Die extreme Entwicklung des Nationalismus kann zum Totalitarismus führen.

Der polnische Nationalismus, erwachsen aus dem Denken Roman Dmowskis, hat seine Besonderheit: Er ist unlösbar mit dem Katholizismus verbunden. Der Katholizismus, hier nicht religiös verstanden, sondern kulturell, ist die Essenz, ohne die der polnische Nationalstaat nicht denkbar ist. Diese nationalkatholische Idee scheint neuheidnisch zu sein, denn sie setzt religiöse Ideen für politische Ziele ein.

In den letzten Jahren haben nationalistische Gruppierungen, die sich selbst »national« nennen, eine Renaissance erlebt; sie haben sich außerordentlich vermehrt, ziehen viele junge Polen an und knüpfen Verbindungen zu gut organisierten Fußballfangruppen.

Bevor allerdings Alarm geschlagen wird, muss Folgendes gesagt werden: Es ist verständlich, dass junge Menschen zu einer Gruppe gehören wollen, dass sie ihre Vertretung haben und Einfluss auf die Gestalt des gesellschaftlichen Lebens haben wollen. Die Erziehung der Jugend beruht in hohem Maße darauf, dynamische Milieus zu schaffen, die der junge Mensch als seine eigenen betrachtet und in denen er – zusammen mit Gleichaltrigen – die Chance hat, seine Fähigkeiten zu entwickeln und seine Ambitionen zu verwirklichen. Eigentlich müssten wir uns also über die Entstehung von Gruppierungen freuen, denen die Sache Polens nicht fremd ist, wenn es da nicht ein Aber gäbe.

Diese nationalen Jugendgruppen, von der Allpolnischen Jugend (*Młodzież Wszechpolska*) bis zum Nationalradikalen Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny*), bedienen sich in ihrem Handeln der Aggression, vor allem der verbalen. Es entstand eine ganze Litanei von skandierten Slogans, von denen der gereimte »Ganz Polen brüllt laut, es will nicht den muslimischen Mob« zu den mildesten gehört. Wir haben auch Fälle von physischer Aggression, motiviert von der Abneigung gegenüber Fremden, erinnert sei an den Überfall auf eine ukrainische Prozession in Przemyśl [Südostpolen, d. Übers.] oder an Angriffe auf Ausländer in verschiedenen Städten. Diese verurteilungswürdigen Handlungen entspringen angeblich einer christlichen Inspiration: Sieben nationale Milieus haben einen gemeinsamen Appell unterschrieben: »Christlicher Nationalismus – eine große Idee und eine große Verantwortung«.

Die Gefahren wachsen, wenn man das Klima berücksichtigt, das in unserer Gesellschaft herrscht. Im Laufe der letzten Jahre tauchte die Mehrheit der jungen Menschen in die Realität des Internet voll des Bösen und des Hasses ein. Die Internet-Faulkammer, *shitstorms*, dominierte fast alle Portale. Diese Faulkammer ist angefüllt mit Vulgarismen und einer Sprache, die zum Hass aufruft: Jemanden »wie die Juden im Ofen zu verbrennen« ist ein fast »unschuldiger« Eintrag und das Schlimmste ist, dass wir uns an diese Kloake immer mehr gewöhnen.

Noch trauriger sind das Reden und Handeln der Menschen, die eine exponierte Stellung in der Politik und im öffentlichen Leben Polens einnehmen. Wir sind wohl Rüpel geworden, und was das Schlimmste ist, wir haben uns daran gewöhnt, so wie wir uns an das auf Schritt und Tritt zu hörende Wort mit dem Anfangsbuchstaben »F« gewöhnt haben. Ich habe eine Reihe von Zitaten aus der Zeitung gesammelt, die ich hier präsentieren wollte, aber mich überkam Scham: Bemerkenswert, eigentlich in allen politischen Lagern machen sie die anderen lächerlich und lügen. Es erstaunt, dass in dieser Gesellschaft die Priester der Kirche, darunter häufig mit Professorentitel, einen prominenten Platz einnehmen. Schließlich kann man doch die Eucharistie nicht mit Gewalt vereinbaren, und sei es auch »nur verbaler«.

Deshalb las ich mit Freude das Dokument der Polnischen Bischofskonferenz mit dem Titel *Chrześcijański kształt patriotyzmu* [wörtlich: »Die christliche Gestalt des Patriotismus«, d. Übers.], in dem eindeutig der Nationalismus verurteilt wurde. Allerdings fehlte mir die Aussage, dass die Seuche des Nationalismus auch in der Kirche Wurzeln geschlagen hat und die Bischöfe Reue zeigen. Auch fehlte mir ein Appell an die Priester, dass sie sich vor der Lehre nationalistischer Akzente in Acht nehmen und einen gesunden Patriotismus aufbauen, so wie dies im Dokument dargestellt wird.

Ich hoffe, dass diesem Dokument weitere Schritte des Episkopats folgen werden, und sei es eine Überprüfung von Veranstaltungen, die sich katholisch nennen, zum Beispiel die Smolensk-Monatsveranstaltungen, aber auch der Lehre des *Radio Maryja* oder der Artikel in *Nasz Dziennik*, um zu überprüfen, ob sich da nicht Gebet mit Aggression oder sogar Hass vermischt. Denn wie die Bischöfe schrieben, wo Aggressionen, Verleumdung und Hass sind, kann keine Rede von Patriotismus sein.

Geschichte neu geschrieben

In dem katholischen Land wird mit Verbissenheit versucht, einen ganz bestimmten Menschen zu zerstören und alles, was mit ihm verbunden ist, die *Solidarność*, die Erlangung der Unabhängigkeit, der Aufbau des demokratischen Polen.

Im Dezember 1970 war ich in Danzig [Gdańsk, d. Übers.] und ich erinnere mich an diese dramatischen Tage: Wieviel Angst, wieviel Verzweiflung, wieviel Hass war in den Menschen. Einige Dutzend Menschen wurden erschossen, Hunderte waren schwer verletzt und geschlagen worden... Damals unterschrieb der Arbeiter Lech Wałęsa ein Papier, womit er der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst zustimmte. Worin diese Zusammenarbeit bestand, weiß ich nicht. Inwieweit er in das Spinnennetz des Staatssicherheitsdienstes eingesponnen wurde, weiß ich ebenfalls nicht. Ich kenne die Doku-

mente aus dem »Schrank von Kiszczak« [Unterlagen, die 2016 von Kiszczaks Witwe dem Institut für Nationales Gedenken übergeben wurden, d. Übers.] nicht, ich kann ihre Authentizität nicht beurteilen, ich gehe davon aus, dass ihre Bewertung von Spezialisten durchgeführt wurde. Persönlich bin ich allerdings davon überzeugt, dass Lech Wałęsa nie ein tatsächlicher Agent war, sondern nur »pffiffig« und davon überzeugt, alle zu verschaukeln. Übrigens, selbst wenn er sich für einige Zeit in den Sumpf des Staatssicherheitsdienstes hat ziehen lassen, hat er in den späteren Jahren wahrhaftig Heldentaten vollbracht.

Ich erinnere mich auch gut an die ersten Wochen des Kriegszustands. Wałęsa war damals interniert und erlebte das Drama isoliert in Arłamów. Wir zitterten, ob er durchhalten und sich nicht brechen lassen würde, denn er war damals unersetzbar. Er brach nicht, zeigte Mut und im Laufe der Zeit führte er die Polen zum Sieg. Er hat seine Laster und Marotten, aber sein Verdienst auszustreichen, ist niederträchtig.

Man will nicht glauben, dass die Episode mit der Unterschrift für die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst in den Augen wichtiger Menschen, die sich auf Wahrheit, Gerechtigkeit und auf Gott, unseren Herrn, selbst berufen, zu einer Bestie anwuchs, die den ganzen Lebenslauf Wałęsas auffraß. Es heißt nun allseits, dass an der Spitze der *Solidarność* ein Agent stand, der gehorsam das Diktat der Feinde Polens ausführte. Es heißt, dass alle Taten dieses Menschen als Präsident verseucht waren, weil er fremden Interessen gedient habe. »Der Runde Tisch, wie Antoni Macierewicz [heute Verteidigungsminister, d. Übers.] sagte, wurde in Moskau zusammengesetzt«. Ist es nicht Wahnsinn zu meinen, dass wir die *Solidarność*, die Unabhängigkeit, die Demokratie nicht selbst erkämpft haben, sondern sie als Geschenk von den Feinden Polens erhalten haben?

Wenn Wałęsa zerstört wird, wenn er rausgeekelt und des Schlimmsten angeklagt wird, dann muss die Geschichte neu geschrieben werden. Und eine solche Geschichte wird schon geschrieben. Ausgesondert werden legendäre Namen – nicht nur Wałęsa, sondern auch Geremek und Mazowiecki. Es wird verkündet, dass die Dritte Republik Polen, die auf dem Runden Tisch als Gründungsmythos aufbaut, an den Wurzeln verdorben sei und dass dieser Mythos untergehen müsse, weil er die Wahrheit über Polen verdunkelte. Deshalb werden für die Vierte Republik neue Mythen eingesetzt, als da wären die »verfemten Soldaten«, der Anschlag von Smolensk, die Präsidentschaft Lech Kaczyńskis. Die »neue Version der neuesten Geschichte« dringt in die Schulen ein – schon jetzt wird den Kindern der Film »Smolensk« gezeigt, der die Wirklichkeit primitiv vereinfacht.

Bischöfe waren Zeugen der entstehenden *Solidarność*, Wächter der Wahrheit in Magdalenska [Verhandlungs-

ort für die Arbeitsgruppen des Runden Tisches 1989, d. Übers.] und beim Runden Tisch und haben das unabhängige Polen mit aufgebaut. Ihre Stimme ist heute unentbehrlich. Es geht nicht nur um Wałęsa – jemand versucht, den Polen die Schönheit und den Heroismus zu nehmen. Jemand versucht, darüber zu entscheiden, wer ein Patriot ist und wer nicht. Jemand versucht, unser ganzes Werk nach 1989 hintanzusetzen.

Papst Franziskus sagte, als ihm der Karlspreis verliehen wurde: »Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist mit dir los, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen, die die Würde ihrer Brüder und Schwestern zu verteidigen

gen und dafür ihr Leben hinzugeben wussten?« Wenn ich heute auf Polen und die polnische Kirche blicke, drängen sich mir die Worte auf: »Was ist mit dir los, Polen, dass du deine Türen vor Hilfsbedürftigen verschlossen hast? Was ist mit dir los, dass du Mauern zwischen deinen Söhnen und Töchtern aufgebaut hast? Was ist mit dir los, dass du die Solidarität verloren hast und Lüge und Hass tolerierst? Was ist mit dir los, dass du den Glauben der Väter profanierst und ihn in den Dienst egoistischer Politik ziehst? Polen, was ist mit dir los?«

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Tygodnik Powszechny*. <<https://www.tygodnik-powszechny.pl/polska-dom-zamkniety-148136>> (abgerufen am 19.06.2017) – mit freundlicher Genehmigung

Über den Autor:

Pater Ludwik Wiśniewski Ordo Praedicatorum (Jahrgang 1936), Dominikaner. In der Volksrepublik Polen war er Mitorganisator und Unterstützer der Bewegung für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (*Ruch Obrony Praw Człowieka i Obywatela – ROPCiO*), des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (*Komitet Obrony Robotników – KOR*), der Bewegung Junges Polen (*Ruch Młodej Polski*). Seit 1980 war er Kaplan der *Solidarność*-Bewegung. Im Jahr 2006 wurde er von Präsident Lech Kaczyński mit dem Kommandeurskreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens ausgezeichnet, 2015 von Präsident Bronisław Komorowski mit dem Großkreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens.

ANALYSE

Kirche und Politik – eine gefährliche Allianz

Ireneusz Krzemiński, Warschau

»Wieviel Religion ist in der Politik?« Diese Frage war der Titel einer Konferenz, die unlängst vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*) in Warschau durchgeführt wurde. Doch eigentlich geht es zurzeit darum, welchen Einfluss aktuell die Institution katholische Kirche auf die Politik in Polen hat. In gewisser Weise ist dies ein Rätsel, zumal Minister, die treue und ständige Gäste des katholischen Radiosenders *Radio Maryja* in Thorn (Toruń) sind, unantastbar zu sein scheinen, sogar wenn der Parteivorsitzende von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), Jarosław Kaczyński, sie zurechtweist. So geschehen mit dem Umweltminister, ganz zu schweigen vom Verteidigungsminister Antoni Macierewicz. Wie ist so etwas möglich, wenn unverändert die deutliche Mehrheit der Polen der Meinung ist, dass sich die Kirche nicht in die Politik einmischen sollte?

Diese Frage kann man verschieden beantworten, aber die Situation ist nur zu verstehen, wenn man die Geschichte Polens nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt. Polen zur Zeit des Kommunismus ist ohne die außerordentlich wichtige und im Grunde politische Rolle der Kirche nicht vorstellbar. Die fast 100prozentige Kircheng Zugehörigkeit hatte zur Folge, dass die Institution Kirche in Polen – anders als in der Mehrheit der Länder unter sowjetischer Herrschaft – einen entscheidenden Einfluss auf die Gesellschaft hatte. Insbesondere nach dem Oktober 1956, das heißt nach dem Ende des Stalinismus, hatte sie konsequent ihre Position als Verteidigerin der Menschen- und Bürgerrechte aufgebaut, besonders intensiv in den 1970er Jahren und infolge der Wahl des Kardinals Karol Wojtyła zum Papst (1979). Johannes Paul II. begriff die Menschen- und Bürgerrechte, wie sie in der Erklärung der Vereinten Nationen manifestiert werden, als »natürliche«, von Gott gegebene Rechte. Er

förderte die Entstehung der *Solidarność*-Bewegung und im späteren Verlauf den Zusammenbruch des Kommunismus. Die Idee der unabhängigen Zivilgesellschaft und der sogenannten Untergrund-*Solidarność* konnte dank der Unterstützung der Kirche überleben. Die Kirchen und ihre Räumlichkeiten wurden Orte der Begegnung für viele Polen, dort wurden Spenden und Medikamente aus dem Ausland verteilt, fanden Diskussionen, Veranstaltungen und Kunstausstellungen statt und wurde der Geist der Freiheit aufrechterhalten. Die Seelsorge der Landwirte organisierte die Aktivisten auf dem Land und gab ihnen Schutz und Unterstützung. Dank der Beteiligung der Bischöfe wurde zunächst eine informelle, nachher am Runden Tisch eine formelle gesellschaftliche Vereinbarung zwischen den regierenden Kommunisten und den Vertretern der *Solidarność* als Repräsentantin der Gesamtheit der Polen angenommen. Die Bedeutung der Kirche als politischer Akteur, dessen moralisches und gesellschaftliches Gebot es ist, die Bürgerrechte zu verteidigen, unterliegt daher keinem Zweifel. Nach 1989 wollte sich die Kirche auf einer Welle des Triumphes unmittelbar in die demokratische Politik einschalten – und erlitt sogleich eine Niederlage. Im Jahr 1993 hatten die Post-*Solidarność*-Parteien die Wahlen verloren, und das Vertrauen in die Kirche, die selbst einer Partei ihre Unterstützung gegeben hatte, sank gewaltig. Spätere Versuche von Bischöfen, sich offen politisch zu engagieren, brachten ebenfalls Misserfolge mit sich. Wie eingangs bereits gesagt, sind die Polen eindeutig gegen eine Verbindung von Religion und Politik und insbesondere gegen die Einmischung der Kirche in die Politik. Umso rätselhafter wirkt die aktuelle Situation, in der zweifellos die Unterstützung für die regierende *PiS* in der katholischen Kirche eine weit verbreitete, ja dominierende Haltung darstellt.

Die Nähe zwischen Radio Maryja und der PiS

Viele Bischöfe unterstützten in den vergangenen Monaten völlig unbeirrt und wortgetreu die Entscheidungen der Regierung, die einen vollkommenen Verfall der demokratischen Ordnung herbeiführt. Deutlich isoliert und vereinzelt waren die Stimmen, die gegen die praktische Auflösung des Verfassungstribunals und die Aufhebung der Unabhängigkeit des Gerichtswesens protestierten. Eine solche Ausnahme war der emeritierte Bischof Tadeusz Pieronek, auf den niemand der Kirchenoberen und der Priester vernehmbar reagierte. Gleichzeitig stößt die sichtbare Unterstützung der antidemokratischen Regierung vonseiten des polnischen Episkopats nicht auf eine starke und offene Kritik. Mit Sicherheit liegt das auch an der dargestellten früheren außerordentlich verdienstvollen Rolle der Kirche.

Jedoch nicht nur. Nicht ohne Grund verwies ich bereits zu Beginn auf die Rolle von *Radio Maryja*, des katholischen Senders, der aus dem internationalen Verband von *Radio Maryja* ausgeschlossen wurde. Diese katholischen Sender sind in etlichen Ländern tätig, aber im Jahr 2003 hatte einer von ihnen dagegen protestiert, dass Pater Rydzyk diesen Namen verwendet. Der Grundsatz des internationalen Verbandes *Radio Maryja* ist nämlich, apolitisch zu sein und das Evangelium zu verkündigen. Natürlich hat Pater Rydzyk nicht darauf geantwortet.

Ich wage zu behaupten, dass die gegenwärtige fest verankerte Präsenz der Kirche in der von *PiS* gestalteten Politik eine Folge des Engagements des Redemptoristenpaters Rydzyk ist. Für die Stärke und Position Rydzyks spricht die Tatsache, dass zwar vor Jahren eine Sonderkommission zu *Radio Maryja* einberufen worden war, als der damalige Primas Józef Glemp einen ungewöhnlich kritischen Brief zu der politischen Betätigung des katholischen Senders verfasst hatte, es sich jedoch schnell herausstellte, dass der Kommissionsvorsitzende Erzbischof Sławoj Leszek Głódź den Direktor des Senders eindeutig unterstützt. Die Bemühungen von Primas Glemp, die politischen Neigungen von Pater Rydzyk einzudämmen, verliefen im Sande – er hatte zu viele Anhänger unter den Bischöfen. Es steht zu vermuten, dass ihre Zahl deutlich wächst.

Wie kam es dazu? Welche Bedeutung hat Pater Rydzyk sowohl für die Kirchenoberen als auch für die Politiker, vor allem für Jarosław Kaczyński? Es ist bekannt, dass Kaczyński und die *PiS*-Regierung Pater Rydzyk eine bedeutende Rolle zuschreiben, fließen doch fast von Anbeginn ihrer Regierungszeit Zuwendungen in Millionenhöhe an den Redemptoristen aus Thorn, und zwar aus dem öffentlichen Haushalt. Das Wirken Pater Rydzyks beschränkt sich nicht allein auf *Radio Maryja*. Meine Kollegen aus der Soziologie weisen darauf hin, dass die Rezeption des Senders heute nicht allzu groß ist. Noch um die Jahrtausendwende stand er landesweit auf der fünften, zeitweilig sogar auf der vierten Stelle der Skala der Hörerquote.

Doch Pater Rydzyk gelang es, ein medial-finanzielles »Konglomerat« zu erschaffen. Es handelt sich nicht um einen Konzern, denn dank der direkten Verwaltung von Pater Rydzyk sind die Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen des Unternehmens personelle Verbindungen. Sein Machtbereich ist ausgedehnt und umfasst außer dem Radiosender den Fernsehsender *Trwam*, der nun gänzlich ein Quasi-Regierungssender ist, die Tageszeitung *Nasz Dziennik*, die Hochschule für Soziale und Mediale Kultur (*Wyższa Szkoła Kultury Społecznej i Medialnej*) sowie zahlreiche Stiftungen, u. a. *Lux Veritas*, die Tausende religiöser Broschüren und billiger

Heftchen publiziert und damit großen Gewinn macht. Allerdings beruht die Position des Pater Rydzyk nicht darauf, dass er in der Lage ist, seine Medien zu finanzieren, und dass er sicherlich noch Gewinn einfährt. Pater Rydzyk gelang es, mit Hilfe seines Senders und seines *Nasz Dziennik* eine kohärente moderne nationalkatholische Ideologie zu verbreiten. Ein gewichtiger Teil der Stammwähler der *PiS* denken in der Rydzyk'schen Art und vermutlich bekennt sich auch die Mehrheit der Bischöfe zu den Prinzipien seiner Ideologie. Diese ist naturgemäß politisch ausgerichtet und die Gruppierung, die die ideologische Vision verkörpert, ist natürlich *Recht und Gerechtigkeit*. Der Name dieser Partei hat für viele einen zunehmend ironischen Klang.

Jarosław Kaczyński ist Autor einiger Bücher, in denen er mehr oder weniger direkt seine politische Doktrin darlegt, die er jetzt umsetzt. Aber weder seine Publikationen noch die programmatischen Texte der *PiS* bauten das gemeinsame Denken der *PiS*-Politiker auf, sondern eher die fertigen Denkschablonen von *Radio Maryja*. Was also verkündet Pater Rydzyk?

Die Vision eines nationalkatholischen Polens

Seine Ideologie kann man nur als nationalkatholische Vision Polens und der Welt bezeichnen. Ihre Grundlage ist die nationalistische Konzeption des Polentums, die Anfang des 20. Jahrhunderts von Roman Dmowski geprägt wurde und unter dem Namen Nationaldemokratie (*Narodowa Demokracja*), oder nach den Anfangsbuchstaben *Endecja*, firmiert. Ihr Paradox besteht darin, dass sie der Versuch war, ein modernes Bewusstsein und eine nationale Identität zu schaffen, als Gegenpol zur messianistischen romantischen Vision der Nation. Im Zentrum stand die Beschuldigung der Juden und des polnischen Adels, denn dieser habe das jüdische Bürgertum unterstützt und es damit unmöglich gemacht, dass sich ein modernes heimisches Bürgertum (also die Mittelklasse) entwickelte. Daher tauchten auch ständig antisemitische Elemente im Diskurs von *Radio Maryja* auf, insbesondere in der Zeit der Jahrtausendwende. Heute ist die antisemitische Feindseligkeit zurückhaltender und kommt mehr in Form von Anspielungen zum Ausdruck, vor allem wird sie mit dem Kommunismus und dem Post-Kommunismus assoziiert, entsprechend dem alten Muster des »Judenkommunismus« (*żydokomuna*). Trotz des Kampfes Johannes Pauls II. gegen den Antisemitismus ist dieser in der polnischen Kirche immer noch subkutan vorhanden.

Die nationaldemokratische Bewegung bezog sich von Beginn ihres politischen Plans auf den Katholizismus als die wichtigste geistliche Kraft eines weiten Teils der Gesellschaft – einer Gesellschaft, die damals schlecht

gebildet war. Die Kirche wurde zu einer großen Kraft der nationaldemokratischen Bewegung in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Bürgergesellschaft sollte durch und durch national und katholisch sein. Die politischen Eliten stellten demnach eine Art »Emanation« des Geistes der Nation dar. Sie waren es, die die nationalen Interessen definierten, und die Bürger sollten sie um der Einheit und des effizienten Handelns willen loyal akzeptieren. Pluralismus war von vornherein ausgeschlossen bzw. stark beschränkt. Dies betraf vor allem die jüdische Minderheit, aber auch andere Nationalitäten, wobei Polen vor dem Zweiten Weltkrieg multinational geprägt war. Die anderen sollten sich assimilieren, wenn sie gleichberechtigte Bürger werden wollten, inklusive und allem voran mit der Annahme des katholischen Glaubens. Nation und Katholizismus waren in dieser Ideologie miteinander verflochten. Folglich verteidigte die Kirche die »nationalen Interessen« und die Nation die Interessen der Kirche. Begleitet wurde dies von einer evolutionistischen, aus dem 19. Jahrhundert stammenden Vision der internationalen Beziehungen, wonach nur egoistische Interessen und der rücksichtslose Kampf um deren Umsetzung zwischen den verschiedenen Nationen zählten. Man sollte also nicht in romantischer Manier Deklarationen treu sein, sondern sich zynisch von seinen Interessen leiten lassen. In diesem Verständnis ist die Zusammenarbeit zwischen Nationen und Staaten nur ein Spiel mit Täuschung. Wenig erstaunlich, dass der Euroskeptizismus zumindest im aktuellen politischen Denken der regierenden Partei enthalten ist.

In der Tat hat Pater Rydzyk diese Ideologie sehr intelligent und schnell in die gegenwärtigen Bedingungen eingefügt. Die Anhänger der Ideologie Dmowskis traten deutlich in der Debatte über die Verfassung der Republik Polen in den 1990er Jahren hervor. Es schien, als hätte die in der Zeit des Kommunismus vollständig begrabene Ideologie vor allem unter den Leuten der Kirche überdauert. Das Hauptschwert der Ideologie war und ist immer noch gegen den »Liberalismus« gerichtet. Daraus ergeben sich seit den 1990er Jahren, fast zeitgleich mit der Gründung der Tageszeitung *Nasz Dziennik*, auch die Tiraden der Priester, darunter auch Priester-Professoren und Bischöfe, gegen das »libertinäre Europa«, gegen die Bedrohung der »lateinischen Zivilisation« durch linksliberale Ideen. Es muss wohl kaum hinzugefügt werden, dass es die polnische Kirche und die aktuelle *PiS*-Regierung sind, die diese »lateinische Zivilisation« repräsentieren – eine Zivilisation, die den Wert der Familie verteidigt, das Recht der Nation auf Unabhängigkeit, das von der gemeinsamen Politik der Europäischen Union bedroht wird, das Recht auf Eheschließung zwischen Mann und Frau (und die rechtli-

che Unzulässigkeit von gleichgeschlechtlichen Verbindungen), das Recht darauf, dass die Rolle der Frau als Mutter ihre wichtigste Rolle ist, usw. Um den historischen Konflikt zwischen der fremdenfeindlichen und antisemitischen Ideologie Dmowskis und der Ideologie Józef Piłsudski – des Begründers des unabhängigen Staates im Jahr 1918, der die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Polens vertrat, – auszugleichen, erklärte *Radio Maryja* beide berühmten Polen zu gleichwertigen Nationalhelden. Der symbolische Graben zwischen den beiden bedeutenden Politikern und Ideologien wurde zugeschüttet. Dies begünstigte – Dmowski zum Trotz – die Rückkehr der Idee der »Romantischen Nation«, für die Gott, Ehre, Vaterland und Polen als Messias der Völker, gequält von Hitlerdeutschland und Sowjetrußland, im Wettbewerb mit der Gegenwart stehen.

Der tiefe Traditionalismus dieses Konzepts, der der Kirche eine große politische Rolle zugesteht, gefiel den polnischen Bischöfen sehr. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wahl von Papst Franziskus und verschiedene seiner überraschend offenen Aussagen so kühl kommentiert wurden. Immer noch werden kritische Stimmen zum Konzept des Papstes laut, beispielsweise zum Verhältnis zu Geschiedenen oder Homosexuellen.

Die Desintegration der polnischen Katholiken

Deutlich wird also, dass Pater Rydzyk, der eine Organisation und soziale Bewegung um das *Radio Maryja* erschuf, große Verdienste am Sieg und am destruktiven Vorgehen der *PiS* hat. Politik verläuft aber nicht geradlinig, sondern vielmehr mit Hilfe von Begegnungen, Meinungsvermittlung, Verurteilungen derjenigen Katholiken, die »nicht richtig denken«. Pater Rydzyk hat die sogenannten Familien des *Radio Maryja* aufgebaut, die in der Provinz und in den Dörfern sehr populär sind. Es gibt Freundeskreise des *Radio Maryja*, die u. a. Spenden für Pater Rydzyk sammeln, und Rosenkranzkreise für Kinder. Die Hörerschaft von *Radio Maryja* muss also gar nicht wachsen, es reichen die 1,5 Prozent

treue Hörer, denn unabhängig von ihrer Anzahl ist die Ideologie von Pater Rydzyk heute diejenige, die am einflussreichsten ist und die katholische öffentliche intellektuell-politische Orientierung am meisten prägt. Von ihrer Stärke konnte man sich bereits vor einigen Jahren überzeugen, als die Partei *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) auf der Welle der Wiedergeburt des Nationalismus der *Endecja* entstand. Sie stützte sich auf die Ideen Dmowskis und zog in den Parlamentswahlen 2005 vor allem aufgrund der damaligen Unterstützung durch Pater Rydzyk in den Sejm ein. Als Pater Rydzyk ihr jedoch seine Unterstützung entzog und sie *PiS* zugutekommen ließ, verschwand die *Liga der Polnischen Familien* ganz einfach von der politischen Bühne.

Die polnischen Katholiken sind in ihrer Masse keineswegs Anhänger und Enthusiasten von *Radio Maryja* und Pater Rydzyk. Religiöse Untersuchungen zeigen, dass der Sieg von *PiS* mit einem Rückgang des Besuchs der Sonntagsmesse einhergeht und dass sich die jungen Menschen und die Reihen Unzufriedener aus der Kirche zurückziehen. Die Zentren der »offenen Kirche«, dazu gehören das Wochenmagazin *Tygodnik Powszechny* und die Monatszeitschriften *Znak* und *Więź*, die in der Vergangenheit eine enorme Rolle im Denken nicht nur der gläubigen polnischen Intelligenz spielten, haben ihre übergreifende Bedeutung verloren. Die unzufriedenen Katholiken haben keine ausreichend starke und symbolische Repräsentation. Bischöfen, von denen man meint, dass sie nicht zu den Bewunderern von Pater Rydzyk gehören, mangelt es an Mut, da sie nur ganz vereinzelt ihre Stimme erheben, um sich gegen die Mehrheit im Episkopat zu stellen. Sicherlich vermeiden sie dies aus Angst vor der Spaltung der polnischen Kirche, zumal die Spannungen unter den Gläubigen, aber auch unter den Priestern groß sind und unter der *PiS*-Regierung weiter wachsen. Man weiß nicht, ob sie Recht mit ihrem Verhalten haben, denn ein mutiger Auftritt könnte dazu führen, dass sich die Traditionalisten zurückzögen, deren religiös-politische Verkündigungen allzu oft der Botschaft Jesu widersprechen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. Ireneusz Krzemiński, Soziologe, ist Professor am Institut für Soziologie der Universität Warschau (Instytut Socjologii, Uniwersytet Warszawski) und Leiter der Forschungsstelle zur Theorie des gesellschaftlichen Wandels.

6. – 26. Juni 2017

06.06.2017	Bei der Verabschiedung des Haushalts 2018 geht die Regierung nach einem Wirtschaftswachstum von 3,6% im Jahr 2017 von 3,8% im Jahr 2018 aus sowie von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 7,2% (Ende 2017) auf 6,4% (Ende 2018). Die durchschnittliche Inflationsrate wird für 2017 auf 1,8% geschätzt, für 2018 auf 2,3%.
07.06.2017	Nach einem Gespräch am Rande des Treffens des Ministerrats der OECD in Paris sprechen sich Außenminister Witold Waszczykowski und sein französischer Amtskollege Jean-Yves Le Drian für eine neue Öffnung in den polnisch-französischen Beziehungen aus. Dabei solle auch der Stillstand überwunden werden, der sich daraus ergeben hat, dass Polen im Herbst 2016 die Verhandlungen über den Kauf von französischen Militärhubschraubern abrupt abgebrochen hatte. Mit Blick auf die Sicherheitslage in Europa betonen beide die Wichtigkeit der Einheit und des gemeinsamen Handelns der EU-Mitgliedsländer. Des Weiteren unterstreichen sie die Notwendigkeit der Reformierung der EU, damit die Union ihren Bürgern und Werten wieder näher komme.
08.06.2017	Präsident Andrzej Duda spricht sich dagegen aus, das Referendum über die Verfassung Polens mit einem Referendum über die Aufnahme von Flüchtlingen in Polen zu verbinden. Die Frage der Flüchtlingsaufnahme stelle sich zurzeit nicht, da die Regierung Polens einer »Zwangsansiedlung von Flüchtlingen auf polnischem Territorium« nicht zustimmt. Diese Haltung vertrete auch er selbst, so Duda. Als mögliches Datum für ein Referendum zur Flüchtlingsfrage nennt Duda den Termin der Parlamentswahlen 2019, da dann die neue Regierung und das neue Parlament einen klaren Auftrag erhalten würden.
10.06.2017	In Warschau behindern mehrere Dutzend Personen den Gedenkmarsch für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010), der monatlich stattfindet. Die Polizei löst die Blockade auf. Władysław Frasyniuk, ehemaliger führender Solidarność-Oppositioneller in der Volksrepublik Polen, muss sich wegen angeblicher körperlicher Gewalt gegen einen Polizeibeamten verantworten.
11.06.2017	Außenminister Witold Waszczykowski und Péter Szijjártó, Minister für Außenpolitik und Handel Ungarns, thematisieren bei einem Treffen in Warschau die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit, europäische Fragen wie den »Brexite«, Terrorismus und Migration, den russisch-ukrainischen Konflikt sowie die turnusmäßige Übergabe des Vorsitzes der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) von Polen an Ungarn ab dem 1. Juli.
13.06.2017	In Przemyśl (Südostpolen) findet eine gemeinsame Sitzung der Präsidien des Sejm und des Bundestags unter der Leitung von Sejmarschall Marek Kuchciński und Bundestagspräsident Norbert Lammert statt. Besucht werden auch ein polnisch-ukrainischer Grenzübergang und eine Flüchtlingsunterkunft im Grenzgebiet für v. a. aus der Ukraine stammende Flüchtlinge. Thematisiert werden die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit der Parlamente und die aktuellen Herausforderungen der EU, insbesondere Fragen der Sicherheit. Es gebe Meinungsunterschiede zwischen Polen und Deutschland, doch Polen baue auf die Sensibilität Deutschlands für die polnische Perspektive, so Kuchciński. Lammert erklärt, angesichts der aktuellen Probleme der EU und des offenbar mangelnden Interesses an einem starken Europa vonseiten des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump und des russischen Präsidenten Wladimir Putin müsse das Ziel nicht weniger, sondern mehr Europa sein. Für die bestehenden Meinungsunterschiede zwischen EU-Staaten sei die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen von exemplarischer Bedeutung.
13.06.2017	Die Europäische Kommission beschließt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen, da es sich nicht wie vorgesehen an der im September 2015 beschlossenen Umverteilung von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland auf andere EU-Mitgliedsländer beteiligt. Auch gegen Tschechien und Ungarn wird ein Verfahren beschlossen.
14.06.2017	Regierungssprecher Rafał Bochenek kündigt die Stellungnahme der polnischen Regierung zu dem von der Europäischen Kommission am Vortag eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren in der gesetzten Frist an. Die Regierung hoffe, dass die Europäische Kommission beginnen werde, das Problem der Migration tatsächlich zu lösen, und aufhören werde, sich von einer Ideologie leiten zu lassen, die für viele EU-Bürger nicht nachvollziehbar sei, so Bochenek.
14.06.2017	In einem offenen Brief appellieren die Parteien Die Grünen (Partia Zieloni) und Gemeinsam (Partia Razem) und mehrere Nichtregierungsorganisationen, darunter das Gesamtpolnische Gewerkschaftsbündnis (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – OPZZ), an die Regierung, unverzüglich die von Polen zugesagten Verpflichtungen umzusetzen, Flüchtlinge im Rahmen der Umverteilung in den EU-Ländern aufzunehmen. Weiter fordern sie von der Regierung, dass diese aufhören solle, Angst vor Ausländern unter dem Vorwand der Sorge um die Sicherheit des Landes zu schüren.

14.06.2017	Am nationalen Gedenktag für die Opfer der deutschen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager unterzeichnen Ministerpräsidentin Beata Szydło, Piotr Gliński, Minister für Kultur und nationales Erbe, und der Starost von Oświęcim (Auschwitz), Zbigniew Starzec, eine Absichtserklärung über die Gründung eines Museums vor Ort. Es soll den Einwohnern von Auschwitz gewidmet sein, die den Gefangenen des Lagers trotz drohender Strafen bis hin zur Todesstrafe Hilfe geleistet haben. In ihrer Rede zum Gedenktag sagt Szydło, es sei Aufgabe der Politiker, dafür zu sorgen, dass sich Ereignisse wie damals in Auschwitz und an anderen Orten niemals wiederholen. Für die heutige unruhige Zeit sei Auschwitz eine Lektion, dass alles dafür getan werden müsse, die Sicherheit und das Leben der eigenen Bürger zu schützen.
16.06.2017	Nach neuesten Angaben der Ausländerbehörde (Urząd do Spraw Cudzoziemców) haben im laufenden Jahr bis zum 1. Juni 2.553 Personen in Polen um Asyl gebeten. Davon stammen 69 % aus Russland, 15 % aus der Ukraine und 1 % aus Belarus.
17.06.2017	Verteidigungsminister Antoni Macierewicz kündigt auf einer Veranstaltung der Klubs der Tageszeitung »Gazeta Polska« in Spała an, dass die Untersuchung der Ursachen für die Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) noch ein Jahr dauern werde. Sie werde Geld kosten, sei aber notwendig, um die Ehre des polnischen Staates wiederherzustellen. Im Widerspruch zu den Ergebnissen bereits durchgeführter wissenschaftlicher Analysen bekräftigt Macierewicz, dass bereits während des Flugs die Technik im Flugzeug ausgefallen sei.
18.06.2017	In einem Fernsehinterview sagt Präsident Andrzej Duda, dass der angekündigte Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump in Polen während des »Drei-Meeres-Gipfels« Anfang Juli in Warschau das Prestige Polens erhöhen werde. Er weist darauf hin, dass die »Drei-Meeres-Region« die Ostflanke der NATO ist und hier US-Soldaten stationiert sind.
19.06.2017	In einem Fernsehinterview verwarft sich Ministerpräsidentin Beata Szydło dagegen, dass ihre Aussage in der vergangenen Woche in der Gedenkstätte Auschwitz eine Aussage zur Flüchtlingspolitik gewesen sei, wie Politiker der Opposition kritisiert haben. Szydło hatte gesagt, die Ereignisse von Auschwitz seien eine Lektion, dass alles dafür getan werden müsse, die Sicherheit und das Leben der eigenen Bürger zu schützen. Wenn die Opposition keine Argumente habe, manipulierte sie Aussagen, um Hysterie zu wecken, so Szydło im Interview.
21.06.2017	Aus Anlass des Todes von Altbundeskanzler Helmut Kohl am 16. Juni trägt sich Ministerpräsidentin Beata Szydło in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau in das Kondolenzbuch ein. Die Versöhnungsgeste zwischen Kohl und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki am 12. November 1989 während einer Messe in Krzyżowa (Kreisau) sowie Kohls Engagement für die Aufnahme Polens in die NATO und die EU werde Polen in bleibender Erinnerung halten.
22.06.2017	Der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar entschuldigt sich für seine Aussage in einem Fernsehinterview am Vortag, dass auch die polnische Nation, neben vielen anderen, an der Umsetzung des Holocaust mit beteiligt gewesen sei. Insbesondere wenn die Aussage aus dem Kontext gelöst würde, könne sie falsch verstanden werden und verletzend wirken. Bodnar hatte in dem Interview jedoch darauf hingewiesen, dass es ihm um Einzelpersonen geht, nicht um die Nation als Ganze und auch nicht um Polen als Staat; unbestreitbar sei auch die Verantwortung der Deutschen für den Holocaust. Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen und stellvertretender Ministerpräsident, fordert Bodnars Rücktritt und kündigt an, diesbezüglich mit Justizminister Zbigniew Ziobro und Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), zu sprechen.
22.06.2017	Nach dem ersten Tag des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Brüssel zeigt sich Ministerpräsidentin Beata Szydło zufrieden mit der Entscheidung, die Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedsländer stärker zu koordinieren und auszubauen und einen Verteidigungsfonds für gemeinsame Rüstungsprojekte einzurichten.
23.06.2017	Bei einem Treffen der Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) mit dem Präsidenten Frankreichs, Emanuel Macron, am Rande des EU-Gipfels werden Fragen der Migrationspolitik, der Zukunft des EU-Binnenmarktes, der Klima- und der Verteidigungspolitik thematisiert. Nach dem Treffen sagt Konrad Szymański, stellvertretender Außenminister, übereinstimmend sei festgestellt worden, dass angesichts der gravierenden Meinungsverschiedenheiten ein intensiverer Dialog zwischen Frankreich und den Ländern Ostmitteleuropas notwendig sei.
24.06.2017	Aus Anlass des Jahrestages der Arbeiterunruhen in Radom (1976) findet dort eine Demonstration des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) statt. Es kommt zu einer Gegendemonstration der nationalistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszepolska). Medienberichten zufolge kommt es zu gewalttätigen Störungen vonseiten der Allpolnischen Jugend.

25.06.2017	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Sławomir Neumann, kündigt an, die Staatsanwaltschaft wegen der Störung der Demonstration des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) durch die nationalistische Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska) am Vortag einzuschalten. Die PO appelliert an Justizminister Zbigniew Ziobro, persönlich die Aufsicht über die Untersuchung zu übernehmen.
26.06.2017	Innenminister Mariusz Błaszczak kündigt die Aufklärung des gewalttätigen Vorfalls vom Wochenende an, als in Radom eine Demonstration des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) von Anhängern der nationalistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska) gestört wurde und es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Błaszczak gibt der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) eine Mitverantwortung für den Zusammenstoß, da diese die Methode der totalen Opposition vertrete und die Auseinandersetzung mit der Regierung auf die Straße verlegen wolle.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen